



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

der Landtag von Nordrhein-Westfalen ist in den zurückliegenden Tagen zu einer neuen Sitzungswoche zusammengekommen. Als Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hauptausschuss und als Mitglied im Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales hatte ich diesmal drei Redeeinsätze. Bei meinen Beiträgen ging es um das Thema Medikamentenversorgung, eine Gesetzesinitiative zur Änderung unserer Landesverfassung und um die Weiterentwicklung der Maßnahmen des Landes zur Stärkung unserer Demokratie.

Ich freue mich, Sie mit der neuen Ausgabe meines Newsletters wie gewohnt über meine Arbeit in Düsseldorf und vor Ort im Wahlkreis zu informieren. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen und schon jetzt ein paar erholsame Augenblicke in den Herbstferien.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL

Ambulanter Hospizdienst Königskinder



Gemeinsam mit Marcus Höner, Dietmar Panske und Willi Korth besuchte Daniel Hagemeyer das Team des ambulanten Hospizdienst für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene „Königskinder“ in Münster.

Rund 50.000 Kinder und Jugendliche leben in Deutschland mit einer lebensbedrohlichen oder lebensverkürzenden Krankheit. Allein 90 Familien werden derzeit durch den Hospizdienst begleitet.

Wenn Kinder und Jugendliche an einer lebensverkürzenden Krankheit leiden, betrifft dies oft die gesamte Familie: Die Eltern, Geschwister, Großeltern - und natürlich die betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst.

In dieser herausfordernden Zeit leisten Kinderhospize mit den hier engagierten Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen wertvolle Unterstützung für die gesamte Familie.

So werden durch Beratung, Entlastung und Begleitung die notwendigen Freiräume und Ressourcen geschaffen, damit die Zeit die der Familie gemeinsam verbleibt, bewusst und wertvoll miteinander verbracht werden kann. Hier werden Familien auf dem langen Weg der Erkrankung, von Beginn der Diagnose bis über den Tod hinaus, begleitet.

Die Abgeordneten dankten dem gesamten Team der „Königskinder“ um Katrin Beerwerth für das vertrauensvolle Gespräch, die wertvollen Einblicke und das sich durch Professionalität und Herzlichkeit auszeichnende Engagement für junge Menschen mit lebensverkürzender Erkrankung und deren Familien.



Gespräch mit dem CDU Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick, Jörg Rensmann (RIAS NRW) und Sebastian Mohr (SABRA) zu antisemitischen Vorfällen in NRW.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Landesregierung fördert Schülerbetriebspraktika im europäischen Ausland

Die Landesregierung unterstützt Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen bei der Durchführung von Schülerbetriebspraktika in Ländern des Europarates. Das Projekt ist von Europaminister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Schule und Bildung gestartet worden und richtet sich insbesondere auch an finanziell schwächer gestellte Schülerinnen und Schüler. Bis zum 31. Oktober 2023 können sich Schulen bewerben.

Das Förderangebot richtet sich im europäischen Jahr der Kompetenzen an Europaschulen und Schulen, die auf dem Weg sind, Europaschule zu werden und gegenüber dem Ministerium für Schule und Bildung eine Interessensbekundung ausgesprochen haben, Euregioprofilschulen und alle Schulformen der Sekundarstufe I und II mit einem schulscharfen Sozialindex von 6 bis 9.

Die Förderung kann auch im Rahmen des Programms KAoA (Kein Abschluss ohne Anschluss) eingesetzt werden.

Die Antragstellung muss spätestens 6 Wochen vor Projektdurchführung erfolgen. Die Praktika können in allen Ländern des Europarates stattfinden. Für nähere Informationen zu den Teilnahmebedingungen können sich Schulen direkt per E-Mail an das Schulministerium wenden: europaschulen@msb.nrw.de

Finanzielle Unterstützung für unsere Kitas: 100 Mio. Euro und rund 10 % mehr Mittel

Für die Landesregierung ist die frühkindliche Bildung ein zentrales Anliegen. Sie nimmt ihre Verantwortung in der Gemeinschaft mit Trägern und Kommunen sehr ernst. Ende April 2023 haben Bund, Kommunen und Gewerkschaften eine Einigung in den Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen erzielt. Das Land ist zwar nicht Mitglied dieser Tarifgemeinschaft und war daher nicht an den Verhandlungen beteiligt, sieht aber selbstverständlich, dass der Tarifabschluss Auswirkungen auf die Situation vieler Kitas hat: Unabhängig von der Bedeutung für die Beschäftigten, stellt das Ergebnis die Träger vor eine große finanzielle Belastung, die besonders die freien Träger herausfordert.

Für die Landesregierung ist dies Anlass zum Handeln. Sie wird zum Haushalt 2024 den Ansatz der für 2024/25 geplanten KiBiz-Pauschalen – der Finanzierungsgrundlage der meisten Kitas – um fast vier Prozentpunkte gegenüber dem Haushaltsentwurf 2024 auf dann fast 10 % erhöhen. Damit erhalten die kommunalen und freien Träger ab der nächsten gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung des Kinderbildungsgesetzes (kurz KiBiz) für das Kindergartenjahr 2024/25 fast zehn Prozent mehr Mittel für die Kindpauschalen. So unterstützt das Land alle Träger dabei, die finanziellen Belastungen der Tarifsteigerung zu tragen. Außerdem wird eine Überbrückungshilfe von 100 Mio. Euro gezahlt. Mit dem Landeshaushalt 2024 stehen dann rund 5 Milliarden Euro für die frühkindliche Bildung in NRW zur Verfügung.

Vereinfachte Anerkennung von Nachbarschaftshilfe für Pflegebedürftige

Die niedrighschwellige Nachbarschaftshilfe im Zuge der sogenannten Angebote zur Unterstützung im Alltag spielt in der häuslichen Versorgung pflegebedürftiger Menschen eine immer größere Rolle. Durch die Achte Verordnung zur Änderung der Anerkennungs- und Förderungsverordnung (AnFöVO) hat das Landeskabinett nun den weitgehenden unbürokratischen Zugang zu dieser wichtigen Form der Unterstützung dauerhaft sichergestellt. Als Alternative zu einer Qualifizierung im Umfang eines Pflege- und Nachbarschaftskurses reicht nun die Bestätigung der Kenntnis des Informationsangebots der vom Land und den Pflegekassen geförderten Regionalbüros Alter, Pflege und Demenz aus. Diese Regelung löst eine im Zuge der Corona-Pandemie eingeführte befristete Ausnahmeregelung ab, die Ende des Jahres ausgelaufen wäre.

Die Pflegeversicherung gewährt Pflegebedürftigen mit einem Pflegegrad einen Entlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro monatlich. Dieser kann unter anderem im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Leistungen anerkannter Angebote zur Unterstützung im Alltag eingesetzt werden. Sie tragen dazu bei, Pflegende zu entlasten und Pflegebedürftige mit einem Pflegegrad dabei zu unterstützen, möglichst lange selbstständig in der häuslichen Umgebung zu verbleiben. Hierzu zählen zum Beispiel auch Hilfen beim Einkauf, bei der Wahrnehmung von Terminen oder im Haushalt sowie persönliche Gespräche über Alltägliches zur Vermeidung von Vereinsamung. In Nordrhein-Westfalen regelt die AnFöVO das entsprechende Anerkennungsverfahren.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Verbesserter Herdenschutz in NRW durch mehr Förderangebote

Das Land Nordrhein-Westfalen baut die Förderangebote für den Herdenschutz weiter aus. Für fast die Hälfte der Landesfläche können nun Fördermittel beantragt werden, um Weidetierhaltungen wolfsicher zu gestalten. In den Fördergebieten werden bis zu 100 Prozent der Kosten für investive Herdenschutzmaßnahmen gefördert. Neben Zäunen umfasst dies unter bestimmten Voraussetzungen auch die Anschaffung und Ausbildung von Herdenschutzhunden. Zusätzlich bestehen großräumige Pufferzonen, in denen ebenfalls Herdenschutzmaßnahmen gefördert werden. Wie im vergangenen Jahr stehen auch 2023 wieder bis zu zwei Mio. Euro für Maßnahmen nach den Förderrichtlinien für den Herdenschutz zur Verfügung. Fördergebiete für die Herdenschutzförderung werden ausgewiesen, wenn Wölfe in einer Region mehrfach nachgewiesen wurden und ein Territorium gebildet haben. Im Monitoringjahr 2022/2023 wurden in NRW fünf besetzte Wolfsterritorien registriert (Scherbeck, Leuscheid und territoriale Einzeltiere in den Territorien „Hohe Mark“, „Dämmerwald“ sowie „Ebbegebirge“). Damit lebt in NRW rund 1 % des deutschlandweiten Wolfsbestandes. Wie für alle Bundesländer ist auch für NRW davon auszugehen, dass zusätzlich sporadisch einzelne durchwandernde Wölfe auftreten, die tage- oder wochenweise in NRW verbleiben. Aktuelle NRW-spezifische Daten zum Thema Wolf (z. B. regionale Nachweise von Wölfen) veröffentlicht das LANUV auf dem sog. „Wolfs-portal“ im Internet unter www.wolf.nrw. Über das Umweltportal NRW besteht die Möglichkeit, sich über neue Wolfsnachweise per E-Mail oder SMS informieren zu lassen:

<https://www.umweltportal.nrw.de/abo-service>.

Kostenfreie Beratung für Präventionsmaßnahmen von der Herdenschutzberatung der LWK NRW <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/tierproduktion/herdenschutz/index.htm>

Unterstützung für Tierheime

Das Land NRW verlängert die finanzielle Unterstützung von Tierheimen bei der Energiekostenbewältigung. Bislang sind rund 425.000 Euro an mehr als 25 Tierheime ausgezahlt worden. Das heißt, mehr als ein Viertel aller Tierheime in NRW wird bereits bezuschusst. Kurz vor Fristende sind noch zahlreiche Anträge eingegangen. Damit noch weitere Tierheime und tierheimähnliche Einrichtungen Anträge stellen können, hat das Büro der Landestierschutzbeauftragten Dr. Gerlinde von Dehn den Zeitraum zum Einreichen von Antragsunterlagen bis zum 30.11.2023 verlängert. Zur Unterstützung der Tierheime bei der Energiekostenbewältigung stehen noch finanzielle Mittel aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation der Landesregierung zur Verfügung.

Anträge können ab sofort und unkompliziert bis Ende November 2023 bei der Tierschutzbeauftragten des Landes NRW, Dr. von Dehn, eingereicht werden. Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Melina Brauers unter 0211-3843-1051 wenden.

E-Autos: Zusätzlich 15 Millionen Euro für Aufbau von Schnelllade-Infrastruktur

Der Verkehr in NRW soll nachhaltiger und klimafreundlicher werden. Beim unvermeidbaren Autoverkehr ist dafür ein zügiger Umstieg auf emissionsarme Antriebsarten wie Elektroantriebe notwendig. Damit das gelingt, braucht es genügend Möglichkeiten, um Elektrofahrzeuge schnell und unkompliziert aufzuladen. Das Land NRW unterstützt daher den Ausbau der öffentlichen Schnellladeinfrastruktur nun mit weiteren 15 Mio. Euro.

Das Land hatte bereits im Frühjahr 2023 einen Förderaufruf für den Ausbau des Schnellladenetzes gestartet. Insgesamt standen dabei 10 Mio. Euro bereit, die aufgrund des sehr hohen Interesses schnell ausgeschöpft waren. Mit dem nun gestarteten Förderaufruf können bis zu 750 weitere Ladepunkte entstehen.

Das wird gefördert:

- maximal 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben für öffentlich zugängliche Schnellladepunkte mit einer Ladeleistung von mindestens 50 Kilowatt
- bis zu 15.000 € je Ladepunkt ohne integrierte Pufferspeicher
- bis zu 50.000 € je Ladepunkt mit integriertem Pufferspeicher
- bis zu 50 % Zuschuss für zugehörige Netzanschlüsse
- bis zu 10.000 € gibt es für einen Niederspannungsanschluss
- bis zu 100.000 € gibt es für einen Anschluss an das Mittelspannungsnetz oder die Kombination aus Netzanschluss und externem Pufferspeicher.

Anträge können im Zeitraum vom 25. September bis zum 25. Oktober 2023 eingereicht werden. Weitere Informationen zur Förderung finden Sie unter: www.elektromobilitaet.nrw

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen verstärkt Förderung für Frauenhäuser

NRW baut die Unterstützung für Frauenhäuser im Land weiter aus. Damit die Träger auch angesichts der steigenden Miet- und Energiekosten Schutzplätze weiter ausbauen können, erhöht die Landesregierung für die nächste Förderperiode ab 2024 die jährliche Förderpauschale für jeden Frauenplatz über der Mindestzahl von acht Frauenplätzen von 7.000 auf 10.000 Euro.

Mit der erhöhten Förderung können größere Frauenhäuser für die weiteren Plätze auch psychosoziale Beratungsstunden durch zusätzliches Personal oder Stundenaufstockungen ausweiten. Die Förderanträge können hierfür ab sofort bei den zuständigen Bewilligungsbehörden gestellt werden. Damit setzt die Landesregierung ein wichtiges Zeichen der Unterstützung der Frauenhilfeinfrastruktur in NRW.

Es gibt es aktuell 68 Frauenhäuser mit insgesamt 676 Schutzplätzen, die von 717 Kinderplätzen flankiert werden. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es landesgeförderte Frauenhäuser. Trotzdem bestehen in Nordrhein-Westfalen weiterhin Schutzlücken. Die Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Versorgungslücken – wie etwa in ländlichen Regionen und auch in Ballungszentren – gemäß der Istanbul-Konvention zu schließen und den Schutz für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kindern auszubauen. Der Förderbereich „Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen“ ist im Haushaltsentwurf 2024 mit 33.181.200 € veranschlagt. Im Vergleich zu 2020 stehen langfristig jährlich rund neun Mio. Euro mehr für die dauerhafte Verstärkung und den Ausbau der landesgeförderten Hilfestrukturen zur Verfügung. Neben der Aufnahme weiterer Frauenhäuser in die Landesförderung wurde die Frauenhausförderung in diesem Jahr bereits um eine zusätzliche Fachkraftstelle pro Frauenhaus ausgebaut, bei der die Arbeit mit den im Frauenhaus aufgenommenen Kindern im Mittelpunkt steht. Um regionale Versorgungslücken bei der ambulanten Frauenunterstützungsinfrastruktur zu schließen, wurden zunächst drei Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt (Warendorf; Arnsberg; Rhein-Erft-Kreis/Kerpen) in die Landesförderung aufgenommen. Geplant sind weitere Neuaufnahmen in bislang mit Fachberatungsstellen nicht versorgten Regionen NRWs. Frauenhäuser bieten gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern zu jeder Tages- und Nachtzeit Zuflucht und Schutz. Die Landesregierung schützt und unterstützt gewaltbetroffene Mädchen und Frauen in NRW mit zahlreichen Beratungsangeboten und auch mit der finanziellen Förderung von Frauenhäusern.

Aktuell werden neben den Frauenhäusern 62 allgemeine Frauenberatungsstellen und 56 Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt gefördert. Die Unterstützungseinrichtungen werden von autonomen Trägern oder Trägern der Freien Wohlfahrtspflege betrieben. Gewaltbetroffene Frauen können sich im Internet auf dem [Opferschutzportal](#) des Landes über die Schutz- und Beratungsangebote in Ihrer Nähe informieren oder rund um die Uhr an das Bundeshilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ unter der Rufnummer 116 016 wenden, wenn sie Hilfe benötigen.

Hohe Energiekosten: Härtefallhilfen für Privathaushalte

Das Antragsverfahren für Härtefallhilfen an Privathaushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger steht noch bis zum 20.10.2023 zur Verfügung. Die Antragsstellung erfolgt online über: www.heizkostenhilfe.nrw. Auf der Internetseite kann man vorab ausrechnen lassen, ob sie für die Bundes-Härtefallhilfe in Betracht kommen. Als Privatperson wird die BundID oder ein ELSTER-Zugang benötigt, Unternehmen benötigen das ELSTER-Unternehmenskonto.

Nach zahlreichen Eingaben hat das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW die vergangenen Wochen genutzt, um zusätzlich eine papierbasierte Antragsstellung für selbstnutzende Immobilieneigentümer und Mieter, die eine Feuerstätte betreiben, zu ermöglichen: Das Servicetelefon des Landes nimmt unter der Telefonnummer 0211/ 8618 4040 vom 06.09.2023 bis 10.10.2023 Anfragen entgegen und übersendet im Einzelfall nach der Beratung einen individualisierten Papierantrag an die jeweiligen Betroffenen. Anrufer werden gebeten zur individuellen Prüfung eines Erstattungsanspruchs ihre Rechnungsdaten parat zu haben.

Antragsberechtigt sind selbstnutzende Immobilieneigentümer oder Mieter, die selbst eine Feuerstätte betreiben (Direktantragsteller) sowie Vermieter einschließlich Wohnungseigentumsgemeinschaften (Zentralantragsteller). Um einen Antrag stellen zu können, muss die Erstattungssumme mindestens 100 € betragen. Unter nicht leitungsgebundenen Energieträgern werden Heizöl, Flüssiggas, Holzpellets, Holzhackschnitzel, Holzbriketts, Scheitholz und Kohle oder Koks verstanden.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

NRW fördert Wiederaufbau in Ukraine

Europaminister Nathanael Liminski hat den Startschuss für das Förderprogramm „Wiederaufbauprojekte NRW-Dnipropetrowsk (Ukraine)“ gegeben. Dieses Programm ist ein weiterer Baustein der Regionalpartnerschaft, die Nordrhein-Westfalen seit Februar 2023 mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk verbindet. Über das Programm, das von Engagement Global koordiniert wird, können ab sofort Projekte gefördert werden, die zum Wiederaufbau in Dnipropetrowsk beitragen. Es richtet sich an Kommunen, Hochschulen, Vereine, Kultureinrichtungen und weitere zivilgesellschaftliche Akteure aus Nordrhein-Westfalen, die mit Partnern in Dnipropetrowsk zusammenarbeiten.

Die Landesregierung und die Regionalregierung von Dnipropetrowsk haben es sich zum Ziel gesetzt, beide Regionen auf vielen Ebenen miteinander zu verbinden. Inzwischen unterhalten sieben Kommunen in NRW eine Projektpartnerschaft mit einer Kommune in Dnipropetrowsk, darunter die jeweils größten Städte Köln und Dnipro. Aktuell stehen die akute Direkthilfe mit dringend benötigten Hilfsgütern sowie zunehmend die Zusammenarbeit beim Wiederaufbau im Fokus der Regionalpartnerschaft. Langfristig sind partnerschaftliche Kooperationen zu Zukunftsthemen vereinbart.

Der Wiederaufbau von Infrastruktur hat in einigen Gebieten bereits begonnen. Auch unabhängig davon ist es wichtig und richtig, schon jetzt mit den Planungen zu beginnen, Kapazitäten aufzubauen und die Weichen für einen nachhaltigen Wiederaufbau zu legen. Kommunale Unternehmen, Partnerschaftsvereine, Handwerkskammern und Hochschulen aus NRW können hier wichtige Beiträge leisten.

Antragsberechtigte für das Programm sind alle gemeinnützigen, öffentlichen oder mildtätigen Organisationen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen. Interessierte Akteure können sich für weitere Informationen und Beratung zum Antragsverfahren an die „Engagement Global GmbH – Service für Entwicklungsinitiativen“ wenden (E-Mail: nrw@engagement-global.de; Tel.: 0211/175257-0).

Katastrophenschutz: Innenminister Reul zeichnet Unternehmen aus

Innenminister Herbert Reul hat am Mittwoch, 13. September 2023 bei einem Festakt die Förderplakette für Arbeitgeber verliehen. Die Auszeichnung geht an private Arbeitgeber aus Nordrhein-Westfalen, die in den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW und anerkannten Hilfsorganisationen Einsatzkräfte bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in besonderer Weise unterstützen. Zehn Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen haben die Auszeichnung erhalten. Die Verleihung fand im Ministerium des Innern statt.

Zu den Auswahlkriterien gehören unter anderem eine großzügige Freistellung von Ehrenamtlichen, der Verzicht auf gesetzliche Ausfallentschädigung, materielle Unterstützung oder auch das Anbieten von Firmenflächen zu Übungszwecken.

NRW bekämpft Finanzkriminalität

Moderne Finanzkriminalität ist professionell organisiert, international vernetzt, hochgradig digitalisiert und sie richtet in Deutschland laut Schätzungen jedes Jahr einen hohen Milliarden Schaden an. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Kampf gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Co. in Zukunft deutlich schlagkräftiger zu führen, um kriminelle Strukturen nachhaltig zu zerschlagen und das Geld zurückzuholen, das dem Gemeinwesen in unserem Land zusteht.

Nur, wenn wir in Land, Bund und EU gleichermaßen stark aufgestellt sind und unsere Schnittstellen reibungslos funktionieren, können wir eine schnelle und nahtlose Verfolgung gewährleisten. Deshalb setzt sich Nordrhein-Westfalen dafür ein, das Netz der Ermittlungsbehörden in Deutschland sowie der EU engmaschiger und fester zu stricken.

Mit der Gründung des ersten Landesamtes zur Bekämpfung der Finanzkriminalität (LBF NRW) bündelt Nordrhein-Westfalen ab Januar 2024 die Kapazitäten und das Know-how seiner Steuerfahndung. Jetzt treibt Nordrhein-Westfalen auch die internationale Vernetzung voran: Auf Einladung von Landesfinanzminister Dr. Marcus Optendrenk trafen sich in dieser Woche hochrangige Expertinnen und Experten in der Landesvertretung in Brüssel, um sich über eine wirksame Behördenkooperation im Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorfinanzierung auszutauschen.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Antrag von CDU und Grünen:

Demokratiefeindlichkeit entgegenwirken – Präventionsarbeit weiter stärken

Nordrhein-Westfalen, ein Land der Vielfalt und einer engagierten demokratischen Zivilgesellschaft, steht vor einer Reihe von Herausforderungen. Die Bekämpfung von Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit sind zentrale Anliegen der Zukunftscoalition von CDU und Grünen.

Die zunehmende Zustimmung zu demokratiefeindlichen Einstellungen stellt eine Herausforderung für unser friedliches Zusammenleben und für unseren demokratischen Rechtsstaat dar. Das gilt auch für den Islamismus und Linksextremismus. Es bedarf einer umfassenden, koordinierten und nachhaltigen Strategie, um verfassungsfeindliche Bestrebungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfolgreich zu bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Forschung in diesem Bereich von großer Bedeutung. Die Einbindung relevanter Akteure und Netzwerke ist ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie bringen oft wertvolle Einsichten und Erfahrungen aus ihrer Arbeit ein und können dazu beitragen, die Strategien und Maßnahmen des Landes an die Bedürfnisse und Herausforderungen vor Ort anzupassen. Sie sind auch wichtige Partner bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Förderung einer Kultur der Anerkennung und Wertschätzung.

Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag von NRW eingebracht und beschlossen, der die NRW-Landesregierung unter anderem auffordert:

- ihre präventive Arbeit gegen Demokratiefeindlichkeit und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden fortzusetzen,
- die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus (LKS) in ihrer koordinierenden Funktion im Kontext des Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu stärken und ihre Arbeit in der Landesregierung sichtbarer zu machen und
- die Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung gegen den Islamismus und Linksextremismus, insbesondere unter dem Aspekt der Demokratiebildung fortzuführen.

Antrag von CDU und Grünen:

Eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte in NRW einrichten

Trotz der Aufdeckung der vielen Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder in den letzten Jahren ist sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen in der heutigen Zeit vielfach noch ein Tabuthema. Viele Kinder mussten über Jahre Gewalt erfahren, ohne dass es in der Kindertagesstätte oder beim Jugendamt aufgefallen wäre. Grund sind häufig mangelnde Kenntnisse der Fachkräfte, die in Ausbildung oder Studium nicht auf eine mögliche Gefährdung vorbereitet wurden und somit in einer konkreten Gefährdungssituation nicht wissen, wie sie reagieren und wie sie damit umgehen sollen.

Professioneller Kinderschutz braucht eine gute wissenschaftliche Basis und gut ausgebildete Handelnde. Interdisziplinäres Fachwissen über den professionellen Umgang mit Vernachlässigung, sexuellem Missbrauch und Kindesmisshandlung ist in Studiengängen, die auf eine Tätigkeit mit Familien und Kindern vorbereiten, unerlässlich.

Fortsetzung auf Seite 7



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Fortsetzung von Seite 7:

Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht und beschlossen, dass die NRW-Landesregierung unter anderem auffordert, eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte zu ermöglichen, die an einer Hochschule des Landes Forschung und Lehre sowie den wissenschaftlichen Austausch in den Bereichen stärkt, den Austausch über Kinderschutzthemen in relevanten Studiengängen anstößt und die bestehenden Kinderschutzstrukturen in Nordrhein-Westfalen einbindet.

Die in den vergangenen Jahren aufgebauten Kinderschutzstrukturen in Nordrhein-Westfalen sollen sinnvoll eingebunden werden, um im lokalen Verbund mit den Akteuren vor Ort pragmatische Lösungen zu finden, mit dem Ziel, das Wissen in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Antrag von CDU und Grünen:

Ehrenamt braucht Wertschätzung

Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Gesellschaft ist von unschätzbarem Wert. Jedoch sind diese Akteure in ihrem non-profit Engagement häufig auf die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand angewiesen. Hierbei spielt das Zuwendungsrecht eine zentrale Rolle, da es die Grundlage für die Vergabe von öffentlichen Geldern an nicht-staatliche Organisationen bildet. Es regelt, unter welchen Bedingungen, in welcher Höhe und zu welchem Zweck Zuwendungen gewährt werden. Hierbei sind sowohl die Interessen des Staates an einer ordnungsgemäßen und zweckentsprechenden Verwendung der Mittel als auch die Interessen der Zuwendungsempfänger zu berücksichtigen.

Viele Akteure dieses „Dritten Sektors“ beklagen allerdings seit langem, dass die entsprechenden Regelwerke überbürokratisiert sind. Unübersichtlichkeit und Komplexität der Vorschriften und Anforderungen machen es zunehmend schwer, rechtssicher und mit angemessenem Ressourcenaufwand Projekte durchzuführen. Hierzu zählen insbesondere die Antragstellung, die Durchführungsbestimmungen und die Verwendungsnachweise. Es entstehen hohe Verwaltungsaufwände, die viel Zeit und Ressourcen binden, die ansonsten in die eigentlichen Projekte fließen könnten. Zudem erschwert die hohe Komplexität des Zuwendungsrechts den Zugang für kleinere Akteure und neu gegründete Initiativen.

Die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen hat erkannt, dass diese Herausforderungen angegangen werden müssen. Unser Ziel ist es, das Zuwendungsrecht zu modernisieren und zu entbürokratisieren.

Vor diesem Hintergrund hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht und beschlossen, dass die NRW-Landesregierung unter anderem auffordert:

- unter Einbeziehung von öffentlichen Fördergebern, Fördernehmern sowie relevanter Impulsgeber die Möglichkeit für Zuwendungserleichterungen zu prüfen und
- ein Konzept zur Modernisierung und Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis durch das für Zuwendungsrecht zuständige Ressort zu erarbeiten und mit den Fachministerien in deren Arbeitsgebiet die Anwendung finden, umzusetzen.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus dem Wahlkreis

DANIEL HAGEMEIER ZUM UNWETTER IM KREIS WARENDORF AM 12.09.2023:

„Auch die Menschen in meiner Heimatstadt Oelde sind von einem Unwetter heimgesucht worden. An vielen Orten im Kreis Warendorf sind die durch den Starkregen angerichteten, schlimmen Schäden sichtbar.

Meine Gedanken sind bei allen, die von den Unwetterauswirkungen betroffen sind - in Oelde, im gesamten Kreis Warendorf und andernorts. Mein herzlicher Dank gilt allen Einsatzkräften - von Feuerwehr, THW und Polizei bis zum DRK und allen anderen Organisationen sowie der Stadt Oelde und dem Kreis WAF - die Schlimmeres verhindert haben und bis in diese Stunden arbeiten und Menschen vor Ort unterschützen!



Warendorfer Hengstparaden

Wenn die Hengstparaden in der Kreisstadt stattfinden, lockt diese einmalige Show tausende Besucher nach Warendorf. Bei herrlichem Wetter nahm auch Daniel Hagemeyer MdL mit seinem Landtagskollegen Markus Höner MdL teil.

Ministerin Silke Gorißen eröffnete gemeinsam mit Gestütsleiter Dr. Felix Austermann die Hengstparaden. Im diesjährigen Programm waren rund 100 vier-

beinige Akteure in traditionellen Choreografien präsent. Ein Dank gilt dem gesamten Team des Landgestüts für die hervorragende Darbietung und Vorbereitung dieses besonderen Highlights, dem Höhepunkt im Veranstaltungskalender des Landgestüts.

Radtour des CDU Stadtverbands Sassenberg–Füchtorf

Der CDU Stadtverband Sassenberg–Füchtorf hatte zu einer Radtour eingeladen. Beim ersten Halt am Sassenberger Klärwerk stellte der Leiter Norbert Smotzok das neue Verwaltungsgebäude vor und erläuterte die verschiedenen Abläufe innerhalb des Klärwerks.

Danach stand die Landwirtschaft im Vordergrund. Agrarbetriebswirt Michael Hörstmann hat durch die Betriebsübernahme von seinen Eltern den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. Zu seinem Schweinemastbetrieb gehören 320 Sauen. Das besondere: das Aktivstall-Konzept. Aktivstall für Schweine steht für mehr Tierwohl!

Eine Schweinehaltung, die den Spagat zwischen möglichst viel Tierwohl, Transparenz und Umweltschutz sowie einem wirtschaftlichen Betrieb bis in die Ladentheke umsetzen soll. Im Anschluss ging es weiter zum Bioland-Gemüsehof Schwienheer in Füchtorf. Der familiengeführte Betrieb überzeugt mit einem umfassenden Sortiment an Bio-Produkten. Patrick Schwienheer führt den Hof in der zweiten Generation als reinen Gemüsehof (insgesamt zehnte Generation). Auf einer Anbaufläche von rund 18.000 Quadratmetern werden in zwei modernen Gewächshäusern und in 10 Folientunneln auf rund 3000 Quadratmetern eine große Auswahl von Bio-Gemüse angebaut. Besonders stolz ist man auf die umfassende Bio-Tomaten und Paprikaauswahl.

Nach drei sehr interessanten Stopps ließ der Stadtverband die Radtour gemütlich ausklingen!



**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU**NRW Fraktion**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Inklusion vor Ort

„Inklusion vor Ort“ - das ist gut angelegtes Geld: Mit einer Million Euro fördert das Land Nordrhein-Westfalen und die Aktion Mensch das Projekt „Inklusion vor Ort“ in Warendorf. Die Emsstadt ist eine von nur 4 Modellkommunen in NRW – und die einzige in Westfalen. Zusammen mit Landtagskollege Dennis Sonne konnte sich Daniel Hagemeyer MdL ein Bild von den Planungen in Warendorf machen. Schön zu hören, dass bei der Auftaktveranstaltung schon 70 Menschen dabei waren und sich eine Steuerungsgruppe gebildet hat, so Daniel Hagemeyer. Unter dem Motto „Verstehen – verändern – verstetigen“ soll beispielsweise ein barrierefreier Treffpunkt mit großem Veranstaltungsraum, Büroräumlichkeiten, Beratungsmöglichkeiten und mehr an der Münsterstraße entstehen. Die Netzwerkkoordinatoren Katharina Fournier und Britta Sporket hoffen auf eine Einweihung im März 2024. Die Landesförderung ist zunächst auf fünf Jahre angelegt. Als Beauftragter der CDU-Fraktion für Menschen mit Behinderungen freut sich Daniel Hagemeyer, das Warendorf eine der vier Modellkommunen im Land ist. Die Projektarbeit vor Ort wird er auch in Zukunft gerne begleiten.



THW-Jugend besucht Landtag

Der Nachwuchs des Technischen Hilfswerks, die Jugendgruppe des THW Warendorf war zu Besuch im Landtag. Begleitet wurden die Nachwuchskräfte von der Ortsjugendbeauftragten Anna-Lena Raab, den stellvertretenden Ortsjugendbeauftragten Werner Halank u. Gabriel Krause sowie Daniela Börger und Petra Halank-Wilbränder. Die Jugendlichen begeistern sich nicht nur für Technik, unterstützen sich gegenseitig und gestalten ihre Freizeit aktiv, sondern zeigten auch viel Interesse für die politischen Abläufe im NRW Landtag. Daniel Hagemeyer freute sich über den Besuch der Gruppe und bedankte sich für das rege Interesse.

Reitverein Ostfelden erhält Förderung

Die Erneuerung des Reitbodens, und der Reithallenbeleuchtung, die Erstellung einer behindertengerechten Toilettenanlage, der Kauf von Hindernissen und eines neuen Schleppers sowie die Schaffung eines neuen Bohrlochs: Viel hat sich in den vergangenen Monaten auf der Reitanlage des Reit- und Fahrvereins Ostfelden-Beelen getan. „Aus geplanten 380 Stunden Eigenleistung sind über 900 geworden“, berichtete Geschäftsführer Werner Winkelkötter jetzt. Trotz der immensen Eigenleistung sind die Arbeiten an der Reitanlage an der Letter Straße vor allem aber durch 51.123 Euro Landesförderung aus dem Programm „Moderne Sportstätten 2022“ möglich geworden. Gut angelegtes Geld, wie Daniel Hagemeyer bei seinem Besuch auf der Reitanlage konstatierte. „Nur wenn Sportstätten auf dem neuesten Stand sind, können die Vereine ihre wichtigen Aufgaben in unserer Gesellschaft wahrnehmen. Wir brauchen das Ehrenamt“, ist der CDU-Landtagsabgeordnete überzeugt: „Es ist einfach vorbildlich, wie viele Stunden Eigenleistung die Vereinsmitglieder in die Modernisierungsmaßnahmen investiert haben.“ Das Programm „Moderne Sportstätten 2022“ sei das größte Sportförderprogramm in der Geschichte des Landes NRW gewesen, bilanziert Hagemeyer. Insgesamt habe das Land 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, 4,9 Millionen davon sind in Projekte im Kreis Warendorf geflossen. „Ich freue mich, dass auch der Reitverein Ostfelden-Beelen von dieser Förderung profitierten und eine nachhaltige Modernisierung seiner Reitanlage vornehmen konnte“, sagte Hagemeyer.



**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**